

Krokodilstränen über die Armut. Christoph Butterwegge. *Frankfurter Rundschau* vom 5.10.2016

Immer dann, wenn eine neue Studie zur Armut von Kindern in Deutschland erscheint, schreckt die (Medien-)Öffentlichkeit der Bundesrepublik kurz auf, bevor die Regierungspolitik zur Tagesordnung übergeht und so tut, als sei nichts geschehen. Zuletzt erzeugte die Bertelsmann Stiftung mit eigentlich weder neuen noch Fachleute überraschenden Zahlen zum Hartz-IV-Bezug von Kindern und Jugendlichen einen wahren Medienhype. Denn sie verfügt [...] über ausreichende Finanzmittel und eine professionell arbeitende PR-Abteilung¹.

Mit der Gütersloher Stiftung², die [...] Gesellschaftsreformen vorantreiben und die „Prinzipien unternehmerischen Handelns“ in allen Lebensbereichen verankern will, wurde der Bock allerdings zum Gärtner:³ Sie vergoss Krokodilstränen über die Kinderarmut, obwohl sie selbst zur Jahrtausendwende die damalige rot-grüne Koalition zu einer neoliberalen Reformagenda gedrängt und die Hartz-Gesetze mit vorbereitet hatte.

Seit [...] Hartz IV [...] am 1. Januar 2005 in Kraft trat, hat sich die Zahl der Minderjährigen, die von staatlichen Fürsorgeleistungen leben, beinahe verdoppelt. Betrug die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die vorher Sozialhilfe bezogen, etwas mehr als eine Million, beziehen heute fast zwei Millionen der unter 18-Jährigen das im Volksmund ebenfalls „Hartz IV“ genannte Sozialgeld.

Wie unsensibel die verantwortlichen Politiker für das Armutsproblem sind und welch hohes Maß an Gleichgültigkeit ihre Parteien gegenüber den davon Betroffenen an den Tag legen, zeigt sich an Folgendem: CDU, CSU und SPD haben die Bundesausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe gekürzt und wollen das Sozialgeld der jüngsten Kinder (von 0 bis 5) im nächsten Jahr um keinen einzigen Cent erhöhen. Dabei muss eine alleinerziehende Mutter im Hartz-IV-Bezug, wenn sie Windeln kauft, eine von denselben Regierungsparteien auf 19 Prozent erhöhte Mehrwertsteuer zahlen. Dagegen zahlt ein Reicher, der sich ein Reitpferd kauft, nur sieben Prozent. Und ein ganz Reicher, der sich ein Aktienpaket für 30 Millionen Euro kauft, muss überhaupt keine Umsatzsteuer⁴ mehr zahlen, weil die Regierung Kohl⁵ die Börsenumsatzsteuer 1991 abgeschafft hat [...]. Mehr muss man über die Steuerungerechtigkeit in Deutschland eigentlich gar nicht wissen.

Den armen Kindern fehlt eine mächtige (Wirtschafts-)Lobby, wohingegen sehr reiche Eltern auch politisch einflussreich sind. Deswegen kann der Nachwuchs von Familienunternehmern, die in anderen Staaten als „Oligarchen“ bezeichnet, bei uns jedoch mit dem Kosenamen „Familienunternehmer“ belegt werden, ganze Konzerne erben, ohne Erbschaftsteuer in nennenswerter Höhe zahlen zu müssen. Seit die erste große Koalition⁶ unter der Kanzlerin Angela Merkel den Unternehmerfamilien ermöglichte, Betriebsvermögen ab 1. Januar 2009 steuerfrei zu vererben oder zu verschenken, sind den teilweise hoch verschuldeten Ländern über 50 Milliarden Euro an Erbschaft- oder Schenkungsteuer dadurch entgangen, dass die von der anschließenden CDU/CSU-FDP-Koalition⁷ noch einmal gelockerten Verschonungsregeln (meistenteils aus Gründen der Steuerersparnis lange vor dem Tod des Erblassers) in Anspruch genommen wurden. Laut Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ging der größte Teil der steuerbefreiten Unternehmensübertragungen an Kinder unter 14 Jahren, die auf diesem Weg allein zwischen 2011 und 2014 etwa 40 Milliarden Euro erhielten. Die 92 Kinder mit Erwerben in Höhe von 20 Millionen Euro oder mehr erhielten fast 30 Milliarden Euro, was im Durchschnitt 323 Millionen Euro pro Kind entspricht. Den armen Kindern stehen also unvorstellbar reiche Kinder gegenüber, von denen fast nie die Rede ist.

¹ PR-Abteilung – z.B. eines Unternehmens für Medienarbeit zur Steuerung der öffentlichen Aufmerksamkeit im Sinne dieser Firma oder ihrer Branche.

² Die Bertelsmann-Stiftung hat wie der Konzern, aus der sie hervorgegangen ist, ihren Sitz in Gütersloh/Westfalen.

³ Redewendung: Jemanden für eine Arbeit oder Aufgabe einsetzen, der etwas noch schlimmer macht.

⁴ Umsatzsteuer = Mehrwertsteuer.

⁵ Helmut Kohl (CDU) führte als Bundeskanzler in einer Koalition mit der FDP von 1982 bis 1998 die Bundesregierung.

⁶ Die erste große Koalition unter Angela Merkel bestand von 2005 bis 2009.

⁷ Diese bestand von 2009 bis 2013.

Nach dem [...] Kompromiss zwischen CDU, CSU, SPD und Landesregierungs-Grünen – die von der Linken mitregierten Bundesländer Brandenburg und Thüringen haben ihm ebenso wenig zugestimmt wie die Bundestags-Grünen – [...] ist die neue Regelung für Firmenerben sogar günstiger als die ursprüngliche, vom Bundesverfassungsgericht bemängelte, weil der Buchwert⁸ von Unternehmen durch Veränderung der Berechnungsart [...] sank. Daher wird sich die Kluft zwischen Arm und Reich weiter vertiefen. Denn auch der demografische Wandel trägt seinen Teil dazu bei, dass sich riesige (Betriebs-) Vermögen in wenigen Händen konzentrieren. Wenn die Unternehmerfamilien in Zukunft wegen des allenthalben prognostizierten Geburtenrückgangs tendenziell schrumpfen, wächst automatisch der ihren wenigen Nachkommen zufallende Reichtum.

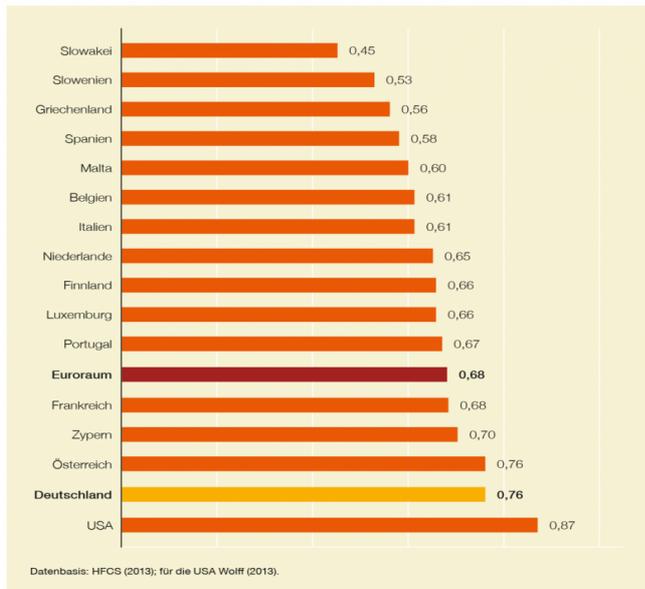
Christoph Butterwegge lehrte von 1998 bis 2016 Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Heute, am 5.10.2016, erscheint sein Buch „Armut“.

Aufgaben:

1. Stellen Sie dar, wie die Wissenschaft versucht, **ARMUT UND** soziale Ungleichheit zu messen. **WERTEN** Sie dazu auch die Arbeitsmaterialien M1-M3 **AUS**.
2. Analysieren Sie den Text im Hinblick auf die Position des Autors zu Armut und Ungleichheit in Deutschland.
3. Erörtern Sie kriteriengeleitet unter Berücksichtigung der Position des Autors und Ihrer Erkenntnisse aus Aufgabe 1 **entweder**, ob die Hartz-IV-Regelung eine gelungene Reform darstellt, **oder** inwieweit die Erbschaftssteuer reformiert werden sollte.

M1

► Abb 1 Vermögensungleichheit im internationalen Vergleich — Gini-Koeffizient



M2

► Abb 2 Anteil am gesamten Nettovermögen¹ nach Bevölkerungsdezilen Deutschland 2012 – in Prozent



M1+M2 aus: <http://www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2016/226294/vermoegensungleichheit>

M3

► Tab 1 Haushaltsnettoeinkommen der privaten Haushalte in Deutschland 1992–2014

	1992	1995	2000	2005	2010	2014
Einkommensanteile (Äquivalenzeinkommen im Monat)						
der ärmsten 20 %	10,1	9,9	10,3	9,6	9,3	9,1
der reichsten 20 %	34,5	35,5	34,5	36,1	36,5	36,9
Einkommensungleichheit						
Gini (Äquivalenzeinkommen im Monat)	0,243	0,255	0,241	0,262	0,271	0,278

M3 aus: <http://www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2016/227016/einkommen-armut-und-soziale-ausgrenzung>

⁸ In der Buchhaltung einer Firma wird aus steuerrechtlichen Gründen der bemessene Wert des Unternehmens aufgeführt.

Vorname Name*a) inhaltliche Leistung***1. Teilaufgabe**

Anforderungen	max. Punkte	erreichte Punkte
Schüler stellt den Begriff soziale Ungleichheit dar, indem er die Dimensionen sozialer Ungleichheit unterscheidet nach Ungleichheit in Bezug auf materiellen Wohlstand, Bildung, Prestige und Macht.	3	
Der Schüler erläutert, wie man soziale Ungleichheit (in Bezug auf materiellen Wohlstand) misst, z.B.: Unterscheidung von Einkommen(sarten) und Vermögen(sarten). Zu Einkommen: Nettoäquivalenzeinkommen als geeignete Größe = Grundlage für die Lorenz-Kurve: auf der y-Achse die Haushalte einer ganzen Volkswirtschaft nach ihrer Einkommenshöhe (bzw. ihrer Vermögenshöhe -> Vermögen = Gebrauchsvermögen + Bruttogeldvermögen + Grund- und Hausvermögen + Beteiligungen an Unternehmensvermögen) kumuliert angeordnet. Auf der x-Achse die kumulierten Einkommensbezieher abgetragen. Die 45°-Hilfslinie gibt die absolute Gleichverteilung an. Die tatsächliche Kurve zeigt an, wie viel Prozent des Volkseinkommens bzw. Volksvermögens entfallen auf wie viele Haushalte – also den Grad der Ungleichverteilung. Je bauchiger die Kurve, desto ungleicher die Verteilung. => der Gini-Koeffizient, der das gesamte Ausmaß der Ungleichheit in einer einzigen Ziffer zwischen 0 und 1 erfasst. Je größer der Gini-Koeffizient, desto größer die Ungleichverteilung. Der Gini-Koeffizient gibt aber nur die gesamte Ungleichverteilung in einem Land an, nicht jedoch, in welchen Bevölkerungsteilen sich die Einkommen bzw. das Vermögen konzentriert. Hier helfen die Quantilsanteile (Dezile, Quintile, Perzentile) weiter. Eine weitere Größe ist das Medianeinkommen: Der Anteil der Personen mit einem Monatseinkommen von <60%/>50% des Medians (= Armutgefährdung) und <50% des Medians (= Armut).	18	
Der S zieht selektiv die Arbeitsmaterialien M1-3 heran, indem er Folgendes herausarbeitet: Zu M1: Im internationalen Vergleich, wobei die damals 15 Euroländer sowie die USA herangezogen werden, die traditionell bekannt sind für hohe Vermögensungleichheit unter den westlichen Industrieländern, zeigt, dass Deutschland mit Österreich 2013 hinter den USA einen Spitzenplatz in Sachen Ungleichheit einnimmt. Zu M2: Unterteilt man die Bevölkerung nach Dezilen, zeigt sich, dass die obersten 10% der Vermögenden deutlich mehr als Nettovermögen besitzt als 90% der Bevölkerung. Die (erste) Hälfte der Bevölkerung besitzt kaum Vermögen oder hat sogar Schulden. Zu M3: Diese Statistik zeigt, dass über den langen Zeitraum von 22 Jahren (1992-2014) der Anteil des Einkommens des reichsten Quintils stetig um 2,4 Prozentpunkte zugenommen hat, während das des untersten Quintils von einem niedrigen Niveau um 1 Prozentpunkt gesunken ist, weshalb man sagen kann, dass die Reichen reicher und die Armen ärmer geworden sind. Dies zeigt auch der Gini-Wert, der von 0,243 auf 0,278 gestiegen ist (trotz staatlicher Transfereinkommen. Insbesondere ab 2005 nimmt die Ungleichheit zu; ein möglicher Zusammenhang könnte die Einführung der Hartz-Gesetze sein.	12	
Ggf. Erfüllung eines weiteren aufgabenbezogenen Kriteriums	(4)	
Summe 1. Aufgabe	33	

2. Teilaufgabe

Anforderungen	max. Punkte	erreichte Punkte
Bestimmung des Autors (Politikwissenschaftler), Position (contra Hartz IV als Verstärker von soz. Ungleichheit im allgemeinen und Kinderarmut im Besonderen), ggf. Hinweis zur Bedeutung der Zeitung (= überregional, seriös)	4	
Kennzeichnung des Textes als Kommentar/Gastbeitrag, Anlass des Textes (aktuelle Zahlen der Bertelsmann-Stiftung zum Hartz-IV-Bezug von Kindern), Adressat (breite interessierte Laienleserschaft der FR)	3	
Thema: Welche Folgen hat die Steuerpolitik der letzten Jahrzehnte auf die Entwicklung der sozialen Ungleichheit?	3	
Analyse der Grundthese/Kernaussage des Autors: die Steuerpolitik der regierenden Parteien von CDU/CSU, FDP, Grünen und SPD habe die Kluft zwischen Arm und Reich erhöht, was man insbesondere am Beispiel der Kinder erkennen könne.	3	
Darstellung der vom Autor genannten Problempunkte und Erläuterung der vom Autor vorgenommenen Bewertungen (-> Gedankengang u. Aufbau des Textes): <ul style="list-style-type: none"> • Z. 1-6: Einleitung: Kinderarmut als wirkungsloses Medienspektakel – zuletzt initiiert von der Bertelsmann-Stiftung; • Z. 7-15: Kritik an der Bertelsmann-Stiftung: Die Stiftung sei unehrlich, wenn sie die Kinderarmut beklage, da sie doch Anfang der 0er Jahre selbst die Politik – gemeint ist die Agenda 2010 von dem damaligen Kanzler Schröder – medial gefordert habe, die heute zur Kinderarmut geführt habe. Dies würden die Zahlen über die jugendlichen Bezieher von Fürsorgeleistungen, die sich genau seither verdoppelt hätten, eindeutig belegen; • Z. 16-25: Belege für die Steuerungerechtigkeit der gr. Volksparteien: Kürzungen bei der Kinder- und Jugendhilfe sowie Mehrwertsteuererhöhung – die die Ärmeren überdurchschnittlich belastet – einerseits und Entlastungen bei Steuern (insbesondere bei der Mehrwertsteuer auf den Kauf von Aktien) zugunsten der Reichen andererseits; • Z. 26-45: Klärung der Ursache für diese Ungleichbehandlung: Die Ursache läge in der politischen Machtfülle Reicher durch Lobbyismus, wie sich am Beispiel der Erbschafts- und Schenkungssteuer zeige, die unter der Kanzlerschaft von Merkel dazu geführt habe, dass 92 Kinder unter 14 Jahren 30 Mrd. € übertragen worden seien, während zugleich eben die Zahl der armen Kinder steige. Die neue Regelung, die durch ein BVG-Urteil notwendig geworden ist, setze die Ungleichbehandlung fort, indem Firmenvermögen noch stärker als zuvor verschont werde – obwohl sogar die Bundesländer – mit ihren Aufgaben bei Bildung und innerer Sicherheit – darunter litten; • Z. 46-49: Ausblick: Der demografische Wandel (weniger Kinder pro Familie) tue sein Übriges, die Konzentration von großen Vermögen zu vergrößern. 	18	
<u>Mittel der Argumentation/Argumentationsweise:</u> neben zahlreichen Sachinfos aus unterschiedl. nicht näher genannten Statistiken viele Suggestivbegriffe, Redewendungen und Metaphern („Medienhype“, „Bock zum Gärtner“ und „Krokodilstränen“, um die Bertelsmann-Stiftung zu diskreditieren); eine ähnliche diskreditierende Funktion haben Vergleiche wie: Sparen beim Sozialgeld und Steuervergünstigung beim Kauf von Rennpferden; insges. daher eine einseitige Argumentation.	4	
Schüler erkennt die Intention , die Leseröffentlichkeit mit Daten zu informieren; einen Beitrag zur Armutsdebatte zu leisten; moralische Anklage gegenüber diversen Parteien (mit Ausnahme der Linken und der Grünen im Bundestag); Warnung vor wachsender Armut; Kritik an den Medien; indirekter Appell an die Politik bzw. den Wähler, wieder für mehr Gerechtigkeit zu sorgen.	4	
Ggf. Erfüllung eines weiteren aufgabenbezogenen Kriteriums	(4)	
Summe 2. Aufgabe	39	

3. Teilaufgabe

Der Schüler	max. Punkte	erreichte Punkte
verweist auf die Position des Autors zu Armut und Ungleichheit: beide würden empörenderweise zunehmen, was politisch verursacht sei;	2	
wägt z.B. in Bezug auf die Hartz-IV-Reform die folgenden sozialen, wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkte ab: <i>soziales Kriterium:</i> Pro Hartz-IV: sinkende Arbeitslosigkeit, Erhalt des Sozialstaates angesichts der Rezession und des Globalisierungsdrucks; Contra Hartz-IV: soziale Schere geht auseinander (vgl. M3), Niedriglohnsektor führt zur Working Poor. <i>Wirtschaftliches Kriterium:</i> Pro Hartz-IV: Wettbewerbsfähigkeit durch sinkende Lohnnebenkosten; Contra Hartz-IV: Schwächung der Binnennachfrage und damit wachsende Handelsungleichgewichte, Schwächung der Innovationskraft. <i>Politisches Kriterium:</i> Pro Hartz-IV: Politik zeigt Handlungsfähigkeit, Contra Hartz-IV: Prekarisierung führt zu Politik- und Demokratieverdrossenheit;	18	
wägt in Bezug auf die Erbschaftssteuer die folgenden sozialen, wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkte z.B. in folgender oder gleichwertiger Weise ab: • <i>Soziales Kriterium. Pro:</i> Umverteilung, um eine Gefährdung des sozialen Zusammenhalts zu vermeiden. Leistungsgerechtigkeit wird beschädigt, da Erbschaft ein leistungsloser Vermögenszuwachs ist. <i>Contra:</i> Eine „Erbschaftssteuer“ beschränkt bestehende Leistungsanreize der Leistungserbringer. Ihr Vertrauen in den Staat („fiskalische Enteignung“) sinkt. • <i>Wirtschaftliches Kriterium: Pro:</i> Eine stärkere Umverteilung zugunsten kleinerer Einkommen könnte zu einer Erhöhung der Binnennachfrage führen (-> höhere Sparquote bei „Besserverdienenden“). <i>Contra:</i> Eine steuerliche Mehrbelastung von Betriebsvermögen zieht u.U. Kapital aus den Unternehmen ab -> Arbeitsplatzverluste. • <i>Politisches Kriterium: Pro:</i> Der Staat muss zum Wohle der Allgemeinheit finanziell handlungsfähig bleiben, sonst droht Politikverdrossenheit. <i>Contra:</i> Steuerhinterziehung („Steueroasen“), so dass dem deutschen Staat noch mehr Steuereinnahmen entgehen.	(18)	
nimmt abschließend in einem Fazit unter Verweis auf das Grundgesetz Stellung zu der Aussage des Autors. Das eigenständige Gesamturteil beruht auf einer abwägenden Reflexion einzelner Elemente oder ihrer Kombination (individuelle Schwerpunktsetzung möglich) und reflektiert den eigenen, dem zugrundeliegenden Gerechtigkeitsbegriff (Leistungs-, Verteilungs-, Bedarfs- und Chancengerechtigkeit).	8	
Ggf. Erfüllung eines weiteren aufgabenbezogenen Kriteriums	(4)	
Summe 3. Aufgabe	28	
Summe aus allen Teilaufgaben	100	

b) Darstellungsleistung

Der Schüler	max. Punkte	erreichte Punkte
strukturiert seinen Text schlüssig, stringent und gedanklich klar.	5	
verwendet eine präzise und differenzierte Sprache mit einer adäquaten Verwendung der Fachterminologie	5	
schreibt sprachlich richtig sowie syntaktisch und stilistisch sicher.	4	
verbindet die Ebenen Sachdarstellung, Analyse und Bewertung sicher und transparent und belegt seine Aussagen durch angemessene und korrekte Nachweise (Zitate u.a.).	6	
Summe Darstellungsleistung	20	
Gesamtsumme	120	

Die Klausur wird mit der Note _____ bewertet.

Note	Punkte	Erreichte Punktzahl	Note	Punkte	Erreichte Punktzahl
sehr gut plus	15	114-120	befriedigend minus	7	66-71
sehr gut	14	108-113	ausreichend plus	6	60-65
sehr gut minus	13	102-107	ausreichend	5	54-59
gut plus	12	96-101	ausreichend minus	4	47-53
gut	11	90-95	mangelhaft plus	3	39-46
gut minus	10	84-89	mangelhaft	2	32-38
befriedigend plus	9	78-83	mangelhaft minus	1	24-31
befriedigend	8	72-77	ungenügend	0	0-23